

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Redaktionen  
an. — Preisliste bei den Redaktionen  
erhalten. — Erscheint werktäglich.  
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis für die Anzeigenblätter:  
Tagesblätter für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung 50 Gelbfennige, aus  
weiteren Gegenden 60 Gelbfennige,  
Kaltwasser-Tagesblätter 60 Gelbfennige,  
sonstige Tagesblätter 70 Gelbfennige.

Ergebnisse: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 55

Sonnabend, den 6. März 1926

21. Jahrgang

### Der Reichsfinanzminister über Innen- und Außenpolitik.

Entwicklung der öffentlichen Finanzen. — Ueberwindung der Inflation. — Die Linie der Verständigung. — Aufbau der Wirtschaft.

Berlin, 4. März.

Bei einem Empfangsabend, den die im Berliner Verband der Auswärtigen Presse zusammengeschlossenen Zeitungen im Reich heute abend in der Wandelhalle des Preussischen Landtages veranstalteten, hielt Reichsfinanzminister Dr. Lütjohr folgende Rede:

Die Hauptleitlinie meiner Darlegungen will ich aus dem

Entwicklungsgang der öffentlichen Finanzen

entnehmen. Dabei werde ich aber auch aufzeigen, daß eine gerade und klare außenpolitische Linie durch die Ereignisse der letzten Jahre hindurchfährt. Neben der überragenden Bedeutung der Außenpolitik haben selbstverständlich auch die allgemeinen grundsätzlichen innenpolitischen Fragen fortgesetzt, wie auch in der Gegenwart, in der Entwicklung unseres Volkes einen großen Raum beansprucht. Ich nenne hier nur als Beispiel der Stunde die Verbesserung der Wahlgesetzgebung, die in der Regierungserklärung vom 26. Januar zugestanden worden ist, und für die in Wälde die gesetzgeberische Vorlage den verfassungsmäßig zuständigen Körperschaften unterbreitet werden wird. Wenn ich gleichwohl in meinem heutigen Vortrag von den Finanzfragen ausgehe, so geschieht dies im Hinblick auf das neue große Finanzprogramm der Regierung und die gerade in den letzten Tagen im Anschluß daran erfolgten Auseinandersetzungen. Der Weg der Reichsfinanzen spiegelt sich am deutlichsten in dem Bogen, den die

Umsatzsteuer

Umsatzsteuer mit auf- und absteigendem Ast beschrieben hat. Am 1. August 1918 ist die Umsatzsteuer mit einem Satz von 0,5 Prozent eingeführt worden. Der Satz ist gesteigert mit Wirkung vom 1. Januar 1920 auf 1,5 Prozent und vom 1. Januar 1922 auf 2 Prozent. Am 1. Januar 1924 erreichte der Bogen der Umsatzsteuer den Scheitelpunkt mit dem Satz von 2,5 Prozent. Seitdem sind drei Entlassungen erfolgt, nämlich vom 1. Okt. 1924 ab auf 2 Prozent, vom 1. Januar 1925 ab auf 1,5 Prozent, vom 1. Oktober 1925 ab auf 1 Prozent, und jetzt liegt den gesetzgebenden Körperschaften der Vorschlag der Reichsregierung vor, zum 1. April 1926 auf 0,6 Prozent herabzugehen.

Als zeitlichen Ausgangspunkt meiner Darlegungen nehme ich das

Ende des Ruhrkampfes.

Innenpolitisch fiel das Ende des Ruhrkampfes zusammen mit dem völligen Niedrücken der Papiermark; außenpolitisch war nunmehr die Grundlage gegeben, von der aus die Erkenntnis gewachsen ist, daß auf dem Wege der Gewalt die europäischen Probleme nicht gelöst werden können. Nehme ich den Herbst 1923 als Ausgangspunkt, so ist damit doch nicht gesagt, daß nicht auch in der Zeit bis dahin schon sehr wesentliche Voraussetzungen für Deutschlands Wiederaufbau geschaffen waren, und zwar sowohl in der Außen-, wie in der Innenpolitik. Aus dem Gebiet der Wirtschaftlichen möchte ich erwähnen, daß die Rückkehr aus der Kriegswirtschaft zur freien Wirtschaft damals in der Hauptsache schon gelungen war. Auch in der Wohnungswirtschaft waren die ersten Schritte zur allmählichen Anpassung der Mietten an den Wohnwert bereits getan. In dem Zeit-

raum seit Oktober 1923 kann man drei Abschnitte deutlich unterscheiden,

von denen die beiden abgelaufenen annähernd je die Länge eines Jahres hatten. Der erste Abschnitt läuft bis zum Londoner Abkommen und der Annahme der Dawesgesetze im August 1924, oder muß wohl richtiger bis zum Abschluß der Dawesanleihe im Oktober 1924 gerechnet werden. Der zweite Abschnitt umfaßt die Zeit bis zum Abschluß der großen Finanz- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung des Sommers 1925 oder bis zur Erreichung der internationalen Gesamtlage, die im Zeichen von Locarno steht. Zurzeit stehen wir im Anfang und vor den Aufgaben des dritten Abschnittes.

Der erste Abschnitt

geht ungeachtet der von mir schon erwähnten inneren Festigungsarbeiten der vorhergehenden Jahre insolge des Ruhrkampfes eigentlich wieder von einem Nullpunkt aus. Außenpolitisch wirkt sich in ihm als schwerer Auslöser der Zeit vor dem Ruhrkampf und während des Ruhrkampfes zunächst noch völlig die gewaltvolle französische Richtung aus. Der eigentliche Umschwung kam hier erst durch die französischen Kammerwahlen vom 1. Mai 1924. Das Ergebnis war schließlich das

Londoner Abkommen, wodurch das Dawes-Gutachten internationale Wirklichkeit wurde, nachdem durch die deutschen Unterhändler vor und während der Londoner Konferenz immerhin nicht unerhebliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Plan erzielt waren. Das unmittelbare Ergebnis des Londoner Abkommens auf wirtschaftlichem Gebiet war ein doppeltes. Zunächst wurde der fürchterliche, die ganze deutsche Wirtschaft niederhaltende Gewaltzustand im Westen des Vaterlandes beseitigt. Die künstliche Zolllinie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet verschwand, das sogenannte Loch im Westen wurde geschlossen und die gewalttätige Auspressung der Wirtschaft im besetzten Gebiet, die unter dem Namen „Münchenerträge“ durch die Weltgeschichte geht, hörte auf. Die andere Folge war der Abschluß der Dawesanleihe im Oktober 1924. Dadurch wurde, ohne daß insoweit die deutsche Steuerkraft in Anspruch genommen werden mußte, nicht nur das als baldige Einsetzen von Reparationszahlungen ermöglicht, sondern es wurden auch die Voraussetzungen einer allgemeinen Lehnung des ausländischen Anleihegeldes für deutsche Zwecke geschaffen. In der Außenpolitik im engeren Sinne wurde die Zusage der Ruhräumung erzielt, die für einen Teil, nämlich die sogenannten Pfälzchenhälften alsbald, dann im September-Oktober 1924 für Dortmund und im Juli-August 1925 für den Rest der Ruhr und die sogenannten Sanktionsgebiete eingelöst wurde. Dieser ganze außenpolitische Entwicklungsgang wird nun aber nur verständlich, wenn man seinen tragenden Pfeiler erkennt. Das ist die finanzielle Selbstrettung des deutschen Volkes. Mit dem Tage der Ausgabe der Rentenmark, dem 15. November 1923, wurde dem Grauen der Inflationskatastrophe ein Ende gemacht. Auch im zweiten Abschnitt,

der im Herbst 1924 beginnt, stehen innen- und außenpolitische Vorgänge mit gleichem Schwergewicht nebeneinander. Der feste Ausgangspunkt war das Vorhandensein einer gesicherten, nunmehr auf Gold gegründeten Währung und die Möglichkeit der Aufnahme ausländischer Kredite. In der Kreditfrage schwenkt das Bild sogar so plötzlich um, daß es unheimlich wurde, vor der Übermächtigkeit, mit der Steigerung der deutschen Erzeugungskraft nicht Schritt haltenden Aufnahme ausländischer Kredite zu warten. Hinsichtlich der öffentlichen Verbände wurde sogar ein sofortiges außerordentliches Eingreifen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung notwendig, um dem Verlangen nach Krediten Schranken zu setzen. In anderer Form besteht diese, jetzt viel umföhtene Kreditbeschränkung auch heute noch. Auf wirtschaftlichem Gebiet führten die hereinströmenden Kredite im Zusammenhang mit dem damaligen beträchtlichen Warenmangel zu einem Zustand, der sich äußerlich fast als eine Hochkonjunktur darstellte, tatsächlich aber in erneuter Verschleppung der notwendigen Reinigungsströme nichts anderes war als die letzte Erscheinung der an sich schon überwundenen Inflation. Die Aufgabe der Reichsregierung bestand in diesem Abschnitt besonders darin, der Wirtschaft feste Voraussetzungen einer sorgfältigen Berechnung der Preise wieder zu verschaffen. Selbstverständlich bestand auch schon damals der Wille zu einer tunlichstigen Senkung der Steuern. Für wie dringend diese Steuerenkung dabei gehalten wurde, möge daraus hervorgehen, daß, da der Reichstag nicht zugegen war, die beiden Umsatzsteuereinkünfte auf 2 und 1,5 Prozent auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung durchgeführt sind. Auch andere Steuern sind in dieser Zeit erheblich gemildert worden, so ebenfalls auf Grund des Artikels 48 die Kapitalverkehrssteuer und die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie die Lohnsteuer. Die durchgreifendste Maßnahme aber war die gesamte Steuergesetzgebung des vorigen Sommers. Durch sie ist besonders die Einkommensteuer einschließlich der Körperschaftsteuer erst wieder das geworden, was ihr Name besagt, nämlich eine auf Ertrag und Gewinn gelegte Abgabe. Auch die Sätze der Steuern sind bei dieser Gelegenheit in großem Umfang gesenkt worden. Die zweite durchgreifende Maßnahme der großen Gesetzgebung des vorigen Sommers war die gesetzgeberische Gestaltung der Aufwertung. Solange diese noch im ungewissen schwebte, konnte von einer Einstellung der Wirtschaft auf lange Sicht überhaupt keine Rede sein. Erst durch die Verabschiedung der beiden Aufwertungsgesetze ist für die Privatwirtschaft und für die öffentliche Wirtschaft wieder eine zuverlässige Kalkulationsgrundlage gegeben. Das dritte große Gesetzgebungs-

werk war der vorläufige Zolltarif. Durch die Verabschiedung des Zolltarifgesetzes ist es möglich geworden, Handelsvertragsverhandlungen mit Ausschluß auf Nutzen für die deutsche Wirtschaft zu führen. Nachdem die meisten europäischen Staaten sich mit hohen Zollmauern umgeben haben, mußten auch wir für die Verhandlungszwecke zu Hüllen von einer gewissen Höhe übergehen. Dabei bleibt es selbstverständlich unser Ziel, durch möglichst leichten Warenaustausch die Wirtschaft der Welt und damit auch gerade die deutsche Wirtschaft noch aller Kraft zu befruchten. Ebenso notwendig ist es natürlich, den deutschen Binnenmarkt zu erhalten, ja zu stärken. Denn ohne genügende Kaufkraft des Arbeitnehmers und namentlich ohne erhöhte Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens wird es niemals möglich sein, zu der für das deutsche Volk lebensnotwendigen Steigerung seiner wirtschaftlichen Gesamtkraft zu gelangen. Außenpolitisch ist der zweite Abschnitt völlig durch das Bestreben beherrscht, zu der auf reparationspolitischen Gebiet im Vorausplan gefundenen Regelung die Grundlage einer allgemeinenpolitischen Verständigung zu legen. Ich möchte nur folgende Ereignisse in die Erinnerung zurückrufen: September 1924 Aufforderung Macdonalds und Herriots an Deutschland in den Völkerbund einzutreten unterläßt von dem gleichen, allgemein zum Ausdruck gekommenen Wunsch des Völkerbundes. — Darauf anschließender deutscher Schriftwechsel mit den Völkerbundratsmächten und dem Völkerbund selbst über Deutschlands Voraussetzungen für den Eintritt. Febr. 1925 — das Memorandum, durch das Deutschland in gradliniger Fortsetzung früherer derartiger Angebote den Sicherheitspakt vorschlägt, nachdem durch die Ruhräumung der ersten Rheinlandszone am 10. Januar 1925 ein höherer Rückschlag in der Politik wirklichen Friedens eingetreten war. Juni 1925 — die von Frankreich ausgehende Antwort auf das Sicherheitsangebot, die eine Verbindung der Sicherheitsfrage mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangte. Juni 1925 — Annahme dieser Verbindung durch die deutsche Regierung. Oktober 1925 — der Abschluß von Locarno. November 1925 — Zustimmung des Reichstages zu diesem Abschluß im Zusammenhang mit der Frage der Auswirkungen und mit der klaren Festlegung, daß unser Eintritt in den Völkerbund keine Option zwischen Ost und West bedeuten kann und bedeutet. Dann zuletzt nach dem am 1. Dezember in London der Vertrag von Locarno gezeichnet und Ende Januar die erste Rheinlandszone geräumt war, Beschluß der Reichsregierung, die Aufnahme in den Völkerbund nachzusuchen. Am 8. März soll der Völkerbund über die Aufnahme entscheiden. Wird damit das Werk von Locarno in die Wirklichkeit übergeführt, so ist jener Zustand erreicht, von dem immer wieder im In- und Ausland gesagt worden ist, er stelle kein Ende, sondern einen Anfang, oder in anderer Betrachtungsform eine Etappe dar.

Innenpolitisch muß der dritte Abschnitt, an dessen Anfang wir jetzt stehen, völlig beherrscht werden von dem Entschluß, zielbewußte Wirtschaftspolitik zu treiben. Auf dem Boden der drei großen Gesetzgebungsakte des vorigen Sommers baute sich zunächst das Vorgehen der Reichsregierung in der Preisbildung auf. Dieses Vorgehen war, wie die Zahlen, die ich erst kürzlich im Hauptausfluß des Reichstages gegeben habe, beweisen, schon bisher in keiner Weise erfolglos. Auch die Preispsychologie, die sich aus dem bevorstehenden Anstretzen des deutschen Zolltarifs entwickelte, ist auf diesem Wege überwunden worden. Selbstverständlich bleibt noch viel zu tun übrig. Besonders ist die Entfaltung unseres Wirtschaftslebens immer noch beeinträchtigt durch eine vielfach vorhandene Ueberpreisspanne zwischen dem, was der Erzeuger bekommt, und dem, was der letzte Verbraucher bezahlt. Kalkulatorische Hemmnisse können seit der Regelung der Aufwertungsfrage und seit der Schaffung einer festen Steuergesetzgebung nicht mehr bestehen. Wohl aber ist die Ueberzeugung des deutschen Wirtschaftslebens mit für den wirtschaftlichen Ablauf nicht notwendigen Zwischenstellen eine wesentliche Ursache jener Preisspanne. In gleicher Richtung wirken wohl auch heute noch falsche Preisbildungsvorstellungen, deren Wurzel in der Inflationszeit liegt. Die Erreichung des endgültigen Zieles einer Wiederherstellung normaler Preisbildung ist keine Angelegenheit von heute auf morgen. Eine wichtige, noch zu erfüllende Voraussetzung ist die Beseitigung der Geschäftsaufsicht, die die volle privatrechtliche Eigenverantwortung vielfach beeinträchtigt. Wir stehen jetzt an jener Wegwende, wo alles, schlechterdings alles daran gesetzt werden muß, um der Wirtschaft mit wirksamen Maßnahmen unmittelbar zur Neubelebung zu verhelfen. Es ist dabei in keiner Weise entscheidend, ob man diesen Zustand Deflationskrise oder Gesundungskrise oder wie sonst immer nennt. Ich muß sogar ausdrücklich betonen, daß die Krise zum Teil nicht Ausdruck eines Gesundungsprozesses ist, sondern auf ausländischen Bor-

zu weit vor-  
altpolitisch be-  
e gegen un-  
ebund recht-  
entwicklungen  
waschen sind  
es mit den  
Hintergründe  
werden mög-  
Hinter wird  
e wollen den  
wie modern  
ere werden

alle außer  
Börsenbunde  
allständiger  
unserer Seite  
ist Vocarn  
den Schu  
endlich ein-  
sigungskräfte  
it dem Sei-  
che Schieds-  
lich präzise

er den Not-  
n den eng-  
lische S.ife

Sicherheit  
schen Hilfe  
da auf die

nd Sie für

Befahr für

ere Sicher-  
beantragen

ie bedeutet  
ee. Denken  
die große

ls Betain:

er Erlaß  
rund aber-  
die und  
den ein-  
Anstellung  
Schwierig-  
möglich  
arten, bis  
nen Ein-  
affen fest-  
und wenn  
spielen.“  
e befestigt

ere Mit-  
m Rhein  
n Rhein-  
nische ist  
ehn Jah-  
gehen.“

ent, von  
e für die  
ein sol-

abon!“  
Die steht

in nicht  
— ver-

ur nicht.  
topf, der  
abt hat.

ren  
ell,  
te

98